

Corona im Norden: Jeder kocht sein Süppchen

Bundesländer bauen Beschränkungen unterschiedlich schnell ab / Hamburg wartet ab und hält sich an die Vereinbarungen mit dem Bund

Von Markus Lorenz

HAMBURG/KIEL/SCHWERIN

Der Norden ein Flickenteppich: Bei den Corona-Lockdownen ist in der Metropolregion von Zusammenarbeit derzeit wenig zu merken. Während Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen die Öffnung von Gastronomie, Spielplätzen, größeren Läden und des Tourismus angekündigt oder schon umgesetzt haben, hält sich Hamburg weitgehend zurück und wartet den heutigen Gipfel der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ab. Den Rückweg in die Normalität suchen die Regierungen der Nordländer getrennt von-

einander. Sehr zum Unwillen vor allem der Wirtschaft. „Manchmal muss man die Pferde zur Tränke tragen“, stellte Norbert Aust, Präsident der Hamburger Handelskammer, am Montag einen ganz ähnlichen Ausstiegsplänen für sein Bundesland – auch ohne Absprache mit den Nachbarn. Über derlei Lockerungskündigungen in diesen und anderen Bundesländern noch



Norbert Aust
Handelskammer-Präsident

dem „Grenzstreit“ im April an übte beißende Kritik an der „Kontrollposse“. Kiel, aber auch Schwerin, „überspannen den föderalistischen Bogen gewaltig“. Der Konflikt um die Zurückweisung Hamburger Bürger ist inzwischen überwunden. Beim Lockdown-Exit kochen die Bundesländer nun aber erneut ihr eigenes Süppchen.

Mecklenburg-Vorpommern kündigte vergangene Woche an, die Gastronomie ab 9. Mai wieder öffnen zu wollen, Hotels und Ferienwohnungen ab 18. Mai. Auch die 800-Quadratmeterbegrenzung für Läden solle fallen. Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil (SPD) präsentierte am

Montag einen ganz ähnlichen Ausstiegsplänen für sein Bundesland – auch ohne Absprache mit den Nachbarn. Über derlei Lockerungskündigungen in diesen und anderen Bundesländern noch vor dem Merkel-Treffen äußerte sich der Kieler Regierungschef Daniel Günther (CDU) gestern zwar kritisch. Zugleich arbeite auch Schleswig-Holstein an einer Öffnung von Gastronomie und Hotels noch vor Pfingsten.

Peter Tschentscher (SPD)
Bürgermeister

gleichwohl nicht öffentlich äußern. Das Vorgehen sei abgestimmt, als es erscheine. Die Nordländer hätten die Corona-Maßnahmen bisher „mit nur wenigen Ausnahmen und

sind wir uns aber in den Beschlüssen doch sehr einig gewesen.“ Gleichwohl beschäftigt sich heute die Bürgerschaft mit den atmosphärischen Störungen im norddeutschen Meer.

Mit einander. Die AfD fordert in einem Antrag, den gemeinsamen Parlamentausschuss von Hamburg und Schleswig-Holstein umgehend wieder einzusetzen, was wegen der verzögerten Senatsbildung noch aussteht. Das „belastete Verhältnis“ der Nachbaränder müsse dort besprochen werden, verlangt Detlef Ehlebracht, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit sei „das Gebot der Stunde“.